

Schröders Zivildienst-Vorschlag ist unausgegoren

Da die Wehrpflicht ein Auslaufmodell ist, rückt auch ein Ende des Zivildienstes in Deutschland näher. Leider werden die Debatten um die Alternativen zu den Pflichtdiensten von ideologischen Scheingefechten dominiert, anstatt endlich planvoll die notwendigen Schritte zu deren Konversion zu gehen. Ein Ausstieg aus Wehr- und Zivildienst ist machbar – ohne dass die Bundeswehr oder unser Sozialwesen vor unlösbare Herausforderungen gestellt würde. Der Zivildienst darf nicht länger als Argument für die Beibehaltung der antiquierten und sicherheitspolitisch längst überflüssigen Wehrpflicht instrumentalisiert werden. Schon im schwarz-gelben Koalitionsvertrag war mit der Verkürzung der Pflichtdienste auf sechs Monate ein nicht tragfähiger Kompromiss festgeschrieben worden. Weitere wertvolle Zeit wurde durch die monatelange Debatte um die fragwürdige optionale Verlängerung des Zivildienstes verschwendet. Gravierend wirkte sich zudem die mangelnde Abstimmung zwischen den beiden zuständigen unionsgeführten Ministerien aus: Verteidigungsminister zu Guttenberg ging mit immer neuen und ständig wechselnden Aussagen zur Wehrpflicht in die Öffentlichkeit, während die Familienministerin hilflos versuchte, ihren Pflichtdienst zu erhalten.

Als Grüne haben wir im April 2010 mit dem Fraktionsbeschluss „Den Ausstieg aus den Pflichtdiensten gestalten – Wehrpflicht und Zivildienst beenden, Freiwilligendienste erheblich ausbauen“ unsere Vorschläge konkretisiert. Wir setzen dabei auf einen engen Dialog mit den Betroffenen, Trägern wie Dienstleistenden, um gemeinsam der großen Herausforderung der Zivildienstkonversion gerecht zu werden. Der Ausstieg aus dem Zivildienst ist ein Prozess, der Planungssicherheit benötigt. Es müssen angemessene Kompensationsmöglichkeiten für die Tätigkeiten geschaffen werden, die jetzt noch von Zivildienstleistenden übernommen werden. Die neue Situation birgt für uns gesellschaftspolitische Herausforderungen, aber auch vielfältige Chancen und Möglichkeiten. Völlig unabhängig von der Beendigung des Zivildienstes braucht es angesichts des demografischen Wandels mehr Geld, um ausreichend Personal etwa für Pflege und Betreuung bereitzustellen und die Qualität zu erhöhen. Die Kosten für den Wegfall der Zivildienstleistenden sind dabei letztlich nur die Spitze des Eisbergs. Gerade in der Pflege und der Assistenz von Menschen mit Behinderungen sind die derzeit von Zivildienstleistenden erbrachten Leistungen unverzichtbar. Wir brauchen daher künftig einen Mix aus mehr sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, einer Ausweitung der Freiwilligendienste und einem verlässlichen Sozialen Arbeitsmarkt. Politik muss gemeinsam mit den Akteuren heutiger Zivil-

diensteinsatzfelder klären, welche Tätigkeiten eine professionelle Ausbildung erfordern und welche auch durch den Sozialen Arbeitsmarkt oder durch Freiwillige geleistet werden können.

Die Vorschläge von Jugendministerin Schröder für einen „bundesweiten freiwilligen Zivildienst“ gehen in die falsche Richtung. So wäre es zwar ein Fortschritt, wenn der Pflicht-Zivildienst künftig nicht mehr für alle kriegsdienstverweigernden jungen Männer obligatorisch abzuleiten wäre. Aber anstatt die bewährten Jugendfreiwilligendienste auszubauen, möchte sie offenbar einen rein staatlich organisierten "freiwilligen Zivildienst" einführen. Dies schafft teure und ineffiziente Doppelstrukturen und wäre allenfalls eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für das bisherige Bundesamt für den Zivildienst. Viel sinnvoller wäre es, wenn Bund und Länder endlich gemeinsam mit den Trägern der Zivilgesellschaft Ausbaukonzepte initiieren und umsetzen würde. Wir haben eine riesige Bereitschaft junger Menschen, sich freiwillig zu engagieren, denen schon jetzt kein Platz angeboten wird. Seit Jahren kommen auf einen Freiwilligendienstplatz im Durchschnitt mehr als drei Bewerberinnen und Bewerber. Dieser großen Nachfrage nach Freiwilligendiensten muss endlich ein ausreichendes Angebot gegenüberstehen. Anstatt folgenloser Gespensterdebatten über ein soziales Pflichtjahr für alle brauchen wir eine echte Ausbauoffensive der Freiwilligendienste. Das Familienministerium hätte schon längst eine Strategie zum quantitativen und qualitativen Ausbau vorlegen müssen. Das Ministerium sollte endlich aus seinem Tiefschlaf erwachen und seine Hausaufgaben erledigen, anstatt systematisch Engagementpotenziale zu verschenken. Das Argument der Ministerin, es sei ein ziviler Staatsdienst vorzuhalten, weil die Wehrpflicht nur ausgesetzt werde, ist vorgeschoben, da eine Wieder-Einsetzung der Wehrpflicht in keiner Weise absehbar ist und für diesen unwahrscheinlichen Fall theoretisch auch Ersatzdienststrukturen wieder geschaffen werden könnten. Ministerin Schröder müsste konsequent darauf hinwirken, die Freiwilligendienste im Interesse der jungen Menschen zivilgesellschaftlich auszubauen und das Platzangebot in den kommenden Jahren zu verdoppeln.

Zivilgesellschaftlich organisierte Freiwilligendienste sind für die Zukunft bürgerschaftlichen Engagements von besonderer Bedeutung, weil viele ehemalige Dienstleistende weiter ehrenamtlich engagiert und somit wichtige Multiplikatoren für eine starke Zivilgesellschaft sind. In diesem Sinne sehen wir es als große Chance an, im Zuge der Zivildienstkonversion Mittel zugunsten von Freiwilligkeit umzuwidmen. Das eigentlich beim Thema Freiwilligendienste federführende Jugendministerium blockiert sich jedoch mit seinen Vorschlägen selbst und nimmt seine Koordinierungsfunktion innerhalb der Bundesregierung weiterhin kaum wahr. Diverse Programme werden von unterschiedlichen Ministerien betrieben und benötigen eine quantitative und qualitative Gesamtstrategie, perspektivisch auch durch ein intelligentes, schlankes Freiwilligendienststatusgesetz. Auch immer wieder auftretende Umsatzsteuerprobleme behindern das freiwillige Engagement. Deshalb muss in allen Programmen eine kohärente Qualitätssicherung Bestandteil sein, Rechtssicherheit geschaffen und die

Finanzierungsstruktur verbessert werden. Last but not least muss der Ausbau in allen Freiwilligen-Einsatzfelder verfolgt werden, anstatt in einzelnen Bereichen sogar zu kürzen.

Durch den Wegfall des Zivildienstes wird man keine Haushaltslöcher stopfen können. Wir brauchen stattdessen im Rahmen einer Konversionsstrategie kluge Strategien für den Ausbau und auch eine verbesserte Anerkennung der Freiwilligendienste, die wir als Grüne intensiv diskutieren. Hierzu dient auch das Jugendforum der grünen Bundestagsfraktion „Freiwillige vor! Wege zum Ausbau der Freiwilligendienste“, mit dem wir unseren Dialog mit Freiwilligen und Trägern weiter intensivieren.

Die Bundesregierung braucht eindeutig Druck von den bürgerschaftlich Engagierten, damit am Ende der Debatte um die Wehrpflicht und Zivildienst kein staatlich organisierter „freiwilliger Zivildienst“ steht, der nicht nur im europäischen Vergleich ein kurriger Sonderweg wäre, sondern vor allem völlig unangemessen in zivilgesellschaftliche Strukturen eingreift.

Kai Gehring, MdB Bündnis 90/Die Grünen, ist Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung; Mitglied des Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Sprecher für Jugend und Generationen der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kontakt: kai.gehring@bundestag.de